

Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Weiter gegen Armut kämpfen. Der Sozialstaat wirkt!

Am 19. Mai 2008, hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz den Entwurf zum Dritten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Vorangegangene Berichte waren in den Jahren 2001 und 2005 erschienen. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung war auf Initiative der SPD 1999 als Instrument eingeführt worden, um ein differenziertes Bild über die Lebenslagen und die Vermögensverteilung in Deutschland zu erhalten. Durch die vorangegangenen Berichte konnte erstmals das Ausmaß sozialer Problemlagen sichtbar gemacht werden. Dies ist eine wichtige Grundlage für eine wirksame Sozialpolitik.

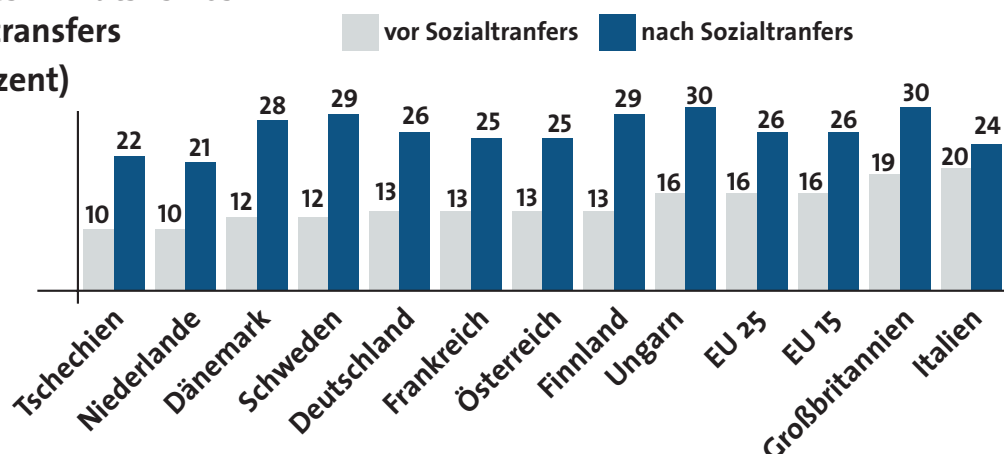
Der Sozialstaat wirkt. Armutsrisiko nur leicht gestiegen.

Die Kernaussage des neuen Berichtsentwurfs lautet: Der Sozialstaat wirkt! Nach der europäischen Vergleichsstatistik (EU-SILC) betrug das Armutsrisi-

ko in Deutschland im Jahr 2005 13 %. Ohne Sozialleistungen hätte das Armutsrisiko 26 % betragen. Bei Kindern ist die positive Wirkung des Sozialstaats noch deutlicher zu sehen. Das Armutsrisiko für Kinder bis 15 Jahren lag 2005 mit 12 % knapp unter dem Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung. Ohne Transferleistungen wie Kindergeld und Kinderzuschlag hätte die Risikoquote bei 34 % gelegen!

Das heißt: Sozialleistungen reduzieren die Armut in unserem Land um die Hälfte bei der Gesamtbevölkerung und um zwei Drittel bei Kindern. Damit liegt Deutschland in der Wirksamkeit der Sozialleistungen an der Spitze und beim Armutsrisiko am unteren Ende im Europäischen Vergleich (vgl. Schaubild 1). Europaweit liegt das Armutsrisiko bei 16 %. Steuersenkungsprogramme, wie sie die CSU vorschlägt, sind der falsche Weg. Wer wohlhabende Bürgerinnen und Bürger entlastet, muss erklären, wie er die notwendigen Sozialleistungen finanzieren will.

Reduktion des Armutsrisikos durch Sozialtransfers (2005. in Prozent)



Quelle: EU-SILC 2006

Wer ist arm, wer ist reich?

Armut und Reichtum sind relative Größen. Nicht jeder, der wenig Geld zum Leben hat, empfindet sich als arm und nicht alle, die sehr gut verdienen, haben den Eindruck, reich zu sein. Armut und Reichtum haben vielschichtige Ursachen und bilden sich in unterschiedlichen Lebenslagen der einzelnen Menschen ab:

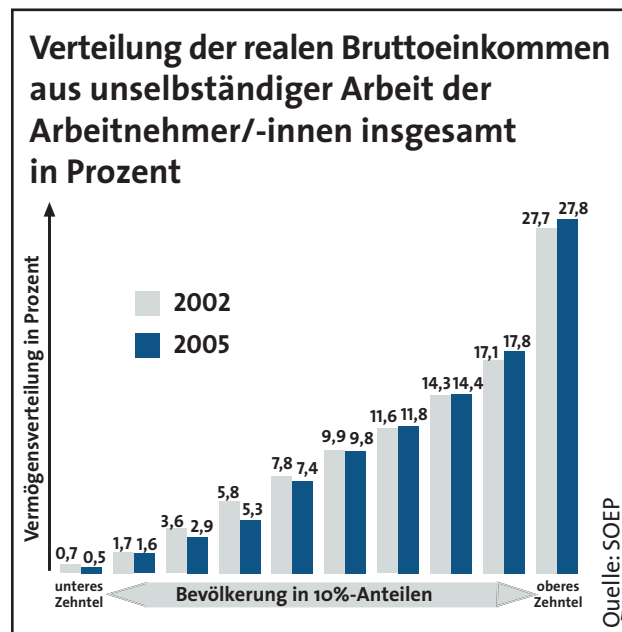
- ▶ Wie ist es z.B. mit der Teilhabe an Bildungschancen bestellt?
- ▶ Wie ist die gesundheitliche Lage?
- ▶ Gibt es ausreichend guten Wohnraum?
- ▶ Ist die Teilhabe im sozialen Umfeld und die Ausstattung mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet?

Dennoch ist die materielle Ausstattung der Einzelnen im Vergleich zu den Durchschnittswerten der Gesamtgesellschaft ein wichtiger Vergleichsindikator. Denn: Oftmals hängt die Teilhabe in verschiedensten Lebenslagen von der Einkommens- und Vermögenssituation direkt ab - aber eben nicht immer.

Die Grundlage für die Berechnung der Einkommenssituation ist der sog. Median. Das Medianeinkommen beziffert genau das mittlere Einkommen, das den Wert zwischen den 50 % besser und den 50 % schlechter Verdienenden der Gesellschaft angibt. Nach EU-Vergleichsstatistik gelten diejenigen in einer Gesellschaft als arm bzw. armutsgefährdet, die weniger als 60 % des Medianeinkommens zur Verfügung haben. In Deutschland liegt diese Schwelle bei 781 Euro/netto für einen Alleinstehenden. D.h. konkret, dass 13 % der Menschen weniger als diesen Betrag zum Leben haben. Als reich gelten diejenigen, die mehr als 200 % des Medianeinkommens zur Verfügung haben. Diese Schwelle liegt in Deutschland bei 3268 Euro/netto im Monat – das sind 6,4 % der Bevölkerung.

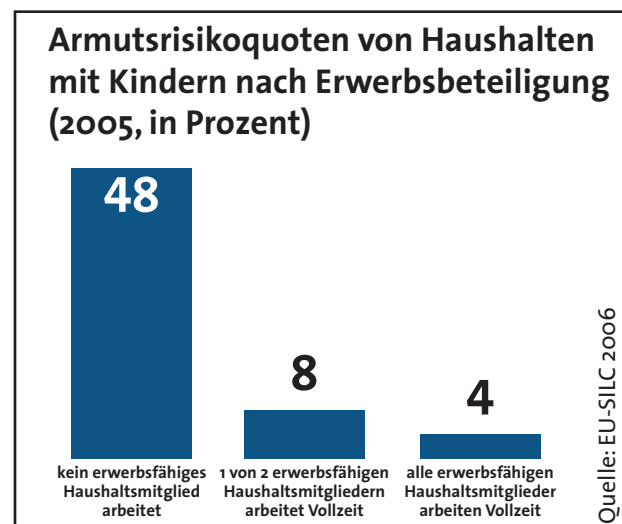
Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders von Armut betroffen?

Arbeitslosigkeit ist weiterhin die Hauptursache für Armut. Dort, wo in Familien niemand einer Er-



werbstätigkeit nachgeht, liegt das Armutsrisiko bei 48 %. Bei einer vollen Erwerbsbetätigung der erwerbsfähigen Familienmitglieder sinkt das Armutsrisiko auf 4 %.

Direkt davon betroffen sind Kinder. In Haushalten von Alleinerziehenden steigt das Armutsrisiko auf 24 % an, weil z.B. fehlende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine volle Erwerbsbetätigung der Alleinerziehenden oft nicht zulassen. Im Vergleich dazu liegt das Armutsrisiko bei Paarhaushalten deutlich geringer. Alleinerziehenden gilt daher unsere besondere Aufmerksamkeit. Mit dem Tagesausbaubetreuungsgesetz, der Reform des Kinderzuschlags und dem El-



terngeld haben wir Maßnahmen durchgesetzt, die besonders Alleinerziehenden helfen. Um noch mehr Menschen in gute Arbeit zu bringen und Armut zu reduzieren, müssen wir alles tun, damit das Wirtschaftswachstum anhält und Arbeitsplätze entstehen. Ebenso müssen wir die Arbeitsvermittlung noch weiter verbessern.

Gerade in jüngster Zeit war die Armutsgefährdung von Älteren ins Blickfeld geraten. Ein erfreulicher Befund ist es, dass Altersarmut kein aktuelles Problem ist. Insgesamt betrug die Quote derjenigen, die Grundsicherung im Alter beziehen, 2,3 % der über 65jährigen. Wie sich in Zukunft die Einkommens- und Vermögenssituation im Alter entwickeln wird, ist heute schwer vorhersagbar. Wichtig bleibt, dass den Lebensstandard sichernde Renten durch Erwerbseinkommen und private Vorsorge generiert werden. Dazu ist eine hohe Erwerbsbeteiligung und gute Entlohnung notwendig.

Beschäftigungsaufschwung kommt - die Arbeitslosigkeit sinkt.

Die Arbeitsmarktreformen der Regierung von Gerhard Schröder wirken. Die positiven Effekte der Konjunktur schlagen sich in der positiven Arbeitsmarktsituation nieder. Gerade Langzeitarbeitslose, jüngere und ältere Menschen, sowie Frauen profitieren vom Aufschwung. Sie werden wieder in den Arbeitsprozess integriert. Insgesamt ging die Ar-

beitslosigkeit im Dezember 2007, verglichen zum Vorjahresmonat, um 15 % zurück, bei Langzeitarbeitslosen sogar um 24,6 %.

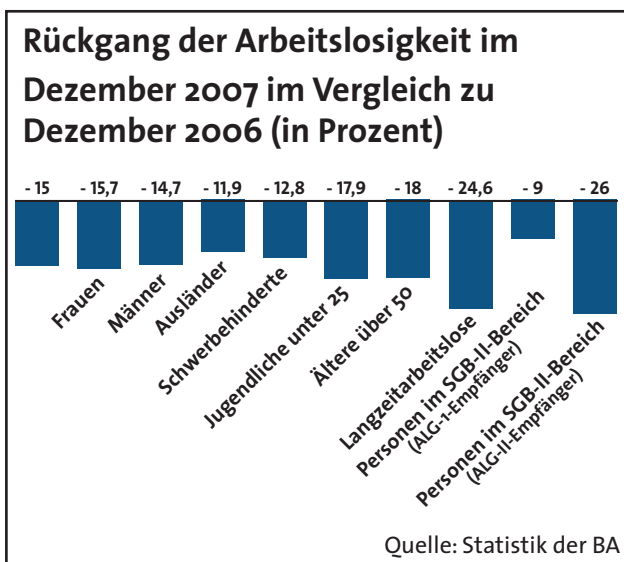
Mindestlöhne notwendig! Lohnentwicklung an Aufschwung anpassen.

Mit Sorge müssen wir allerdings die starke Zunahme des Niedriglohnssektors feststellen. 2005 erhielt ein Drittel aller Vollbeschäftigten Löhne unterhalb der Niedriglohnschwelle (Quelle: SOEP). Anfang der 1990er Jahre lag dieser Wert noch bei 25 %. Als Indikator für diese Entwicklung kann auch gelten, dass der Durchschnittslohn zwischen 2002 und 2005 um 4,7 % von 24 873 Euro auf 23 700 Euro zurückgegangen ist. Die Wachstumsschwäche in diesem Zeitraum, die Zunahme von anderen Erwerbsformen, wie Selbstständigkeit, Teilzeit, oder niedriger entlohnte Zeitarbeit sowie auch die abnehmende Tarifbindung sind ursächlich dafür.

Auch bei den Nettoäquivalenzeinkommen ist ein realer Rückgang zwischen 2002 und 2005 (2,5 %) festzustellen. Hier hat der Anteil der Einkommen am oberen Rand zugenommen während der Anteil mittlerer Einkommen (75 -150 % des Medians) leicht rückläufig ist (von 53 % auf unter 50 %). Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die deutlich verbesserte Arbeitsmarktlage und die zuletzt wieder stärker steigenden Bruttolöhne gerade auch beim Anteil der mittleren Einkommen stabilisierend auswirken werden.

Eines ist klar: Im Kampf gegen Lohndumping brauchen wir Mindestlöhne. Sie stellen sicher, dass gute Arbeit fair bezahlt wird und verhindern, dass der Staat Billiglöhne subventioniert. Mindestlöhne sind notwendig, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können und damit Armut vermieden wird.

Ebenso brauchen wir deutliche Bruttolohnsteigerungen. Die Lohnzurückhaltung im letzten Jahrzehnt hat zur Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen. Aber zugleich ist das Ab-



sinken des Lohnniveaus für die Binnenkonjunktur und auch für die Finanzierung der Sozialkassen schädlich. Der Aufschwung muss auch in den Geldbeuteln der Menschen ankommen

Bildungschancen verbessert – Bildungsschere weiter schließen.

Gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung zur Vermeidung von Armut. 2006 waren 85 % der Menschen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss berufstätig. Allerdings gingen nur 53 % derjenigen ohne Berufsabschluss einer Erwerbstätigkeit nach.

Bei der Chancenverteilung im Bildungsbereich sind wir in Deutschland vorangekommen. Auf Druck der SPD konnte die Betreuungsquote für unter Dreijährige deutlich verbessert werden und liegt bei 15,5 %. Ab 2013/2014 wollen wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung für unter Dreijährige einführen. Die Ganztagsbetreuung in den Schulen hat sich von 4,2 % auf 10 % in den Jahren 2006/2007 verbessert – unser Ganztagschulprogramm zeigt Wirkung! Diese Zahlen belegen, dass wir mehr Chancen für die Jüngsten geschaffen haben. Im Bereich der Hochschulausbildung konnte die Zahl der Absolventen wieder gesteigert werden auf heute 12,3 %.

Problematisch entwickelt sich aber der Anteil derjenigen, die überhaupt keinen Schulabschluss erwerben. Mit dem Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ tun wir etwas dagegen. In der Großen Koalition ist vereinbart, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss geben wird. Auch bei den Auszubildenden haben wir mit dem „Bonus für Ausbildung“ ein Instrument geschaffen, um Jugendlichen, die schon lange auf einen Ausbildungsplatz warten, zu helfen.

Ebenso problematisch ist nach wie vor die Tatsache, dass Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet. Besonders betroffen sind hier weiterhin Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Rund 13 % von ihnen haben keinen Schulab-

schluss. Bei Kindern ohne Migrationshintergrund beträgt der Anteil lediglich 2 %.

Gesundheits- und Pflegepolitik weiterentwickeln.

Auch der aktuelle Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts weist einen Zusammenhang zwischen sozialem Status und gesundheitlicher Lage nach. Das hat Chancennachteile für Menschen und besonders Kinder aus einkommensschwächeren Schichten und beeinträchtigt deren gesellschaftliche Teilhabe.

Mit der Gesundheitsreform 2007 haben wir sichergestellt, dass alle Menschen einen Krankenversicherungsschutz genießen können. Wir haben die Solidarität ausgeweitet und auch für die Zukunft verankert, dass niemand in der gesetzlichen Krankenversicherung vom medizinischen Fortschritt abgekoppelt wird. Mit einer Präventionsstrategie wollen wir in Zukunft besonders die Gesundheit von Kindern verbessern helfen. Wir haben dafür gesorgt, dass Eltern-Kind-Kuren Bestandteil des Leistungskatalogs der GKV werden, um frühzeitig gesundheitliche Probleme bei Kindern zu behandeln.

Armutsbekämpfung ist eine Aufgabe für die Gesamtgesellschaft.

Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass wir trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen zu Beginn des Jahrzehnts auf dem Pfad einer sozialen Gesellschaft geblieben sind – der Sozialstaat wirkt gegen Armut! Durch die Reformen der rot-grünen Bundesregierung konnten wichtige Fortschritte im Kampf gegen Armut erreicht werden: Die Hauptursache für Armut, die Arbeitslosigkeit, konnte auch aufgrund der Reformen der Agenda 2010 massiv gesenkt werden.

Dennoch bleibt Armutsbekämpfung weiterhin eine Hauptaufgabe der Gesellschaft. Die Ursachen für Armut sind vielfältig. Daher gibt es nicht den einen Akteur oder die eine Maßnahme, die

hilft. Hier müssen viele Politikbereiche und alle staatlichen Ebenen sowie die Zivilgesellschaft mitwirken. Jeder und jede trägt Verantwortung in unserem Land, Menschen zu helfen, die in eine sozial schwierige Situation geraten sind. An erster Stelle gilt es die organisierte Solidarität des Staates zu gewährleisten und zu stärken. Für Steuersenkungen und den Abbau von sozialen Leistungen gibt es keinen Spielraum! Die Infra-

struktur, die Kommunen, Länder und Bund bereithalten, den betroffenen Menschen zu helfen, muss weiter zur Verfügung stehen und noch besser organisiert werden, um konkret und schnell und vor allem präventiv zu helfen. An wichtiger Stelle steht auch das bürgerschaftliche Engagement. Alle können sich beteiligen, Menschen zu helfen. Gemeinsam kann man Armut wirksam bekämpfen.